

11.09.1994

Cuba: Clintons Spiel mit dem Feuer

Cuba ist in aller Munde. Die elektronischen und Printmedien überschlagen sich geradezu. Sondersendungen, Schlagzeilen, Orakel ohne Ende.

Was ist passiert ? Nicht, daß die kapitalistischen Meinungsmacher plötzlich ihr Herz für die cubanische Revolution und ihre Errungenschaften entdeckt hätten ! Da sei die Blockade vor. Vielmehr schreien sie mal wieder »*Freiheit und democracy!*«. Der Räuber ruft: »*Haltet den Dieb !*«.

Die USA terrorisieren Cuba seit über 30 Jahren mit einer umfassenden Blockade. Seit der Auflösung der sozialistischen Länder Osteuropas haben sie diese verbrecherische Politik noch durch das berüchtigte »*Toricelli-Gesetz*« verschärft. Es geht den Herrschenden in den USA und ihren Verbündeten (auch in der BRD !) eingeständenermaßen darum, ein ganzes Volk auszuhungern, um ein alternatives Gesellschaftsprojekt zu zerschlagen.

Der Medienkrieg bedient sich nun der cubanischen Flüchtlinge. In Florida wurde gar der Notstand ausgerufen. Besehen wir uns die Fakten:

»Im Gegensatz zur neuen Medienoffensive ist die Wirklichkeit über die cubanische Emigration entlarvend. Im Laufe des Jahres 1993 haben rund 146 000 Cubaner einen Antrag gestellt, aus privaten Gründen andere Länder zu bereisen, von denen nur 153 (0,1 %) Personen die Ausreise verweigert wurde. Das bedeutet, daß 99,9 % der Anträge auf eine beschränkte oder unbeschränkte Ausreise von den cubanischen Behörden anstandslos zugestimmt wurde. Auf der anderen Seite haben 75 %, also 110 000 der Antragsteller kein Visum seitens der Länder bekommen, die sie ursprünglich bereisen wollten. Was die USA betrifft, hat die kubanische Regierung 1993 die zeitlich begrenzte und die definitive Ausreise von 134 000 Bürgern genehmigt, von denen jedoch 76 % seitens der Interessenvertretung der USA in Havanna abgelehnt wurden ...

Während die statistischen Daten beweisen, daß die Auswanderungskonflikte auf der Insel von der US-Regierung provoziert sind, zeigt eine entideologisierte Ansicht des zur Zeit stattfindenden cubanischen Auswanderungsprozesses, daß es sich um ein absolut normales, soziales Phänomen handelt. Im karibischen Raum bewegte sich die Auswanderung in die Vereinigten Staaten traditionell zwischen 1 und 2 % der Gesamtbevölkerung. Das heißt, daß eine jährliche Auswanderungsrate von 110-120.000 Cubanern sich innerhalb dieses geschichtlichen Rahmens bewegt.

Somit gäbe es in statistischer Hinsicht keinen Zusammenhang zwischen der heutigen Regierungsform und der Emigration.« (Prof. Dr. Heinz Dieterich Steffan vom »*Forum für lateinamerikanische Identität und Emanzipation*« in einer Korrespondenz aus Mexico; der gesamte Text ist in den NETZWERK CUBA-Nachrichten nachzulesen. Bestellungen: Reuterstr. 44, 53113 Bonn.)

Tatsache ist, daß es die USA sind, die, wie die Frankfurter Rundschau schreibt, eine "Dampfkesselpolitik" betreiben. Erst schaffen sie die Bedingungen für den allseitigen Mangel auf Cuba und rufen in hunderten von TV und Radiosendern zur illegalen

Auswanderung aus, um dann die Schotten dicht zu machen und Cuba anzuklagen. Welch ein barbarischer Zynismus !

Clinton will - neben der nochmaligen Verschärfung der Blockade - gar den UN-Sicherheitsrat anrufen, um Cuba wegen »Verletzung der Menschenrechte« verurteilen zu lassen! Erinnern wir uns: Die Taktik ist nicht neu. Sie wurde in der Januar-Ausgabe des offiziellen Organs der US-Army, »*Military Review*«, klar definiert: Es gelte, »*eine Situation des Chaos*« auf der Insel zu schaffen, um eingreifen zu können. Diese Taktik hat bereits in mehreren Ländern zu US-Invasionen geführt! Prof. Steffan schreibt in seiner Korrespondenz treffend: »*Nach dem Luftangriff auf Libyen, von Präsident Reagan angeordnet, beurteilte Noam Chomsky die USA als einen Gangsterstaat. Es gibt keinen Grund, diese Beurteilung zu revidieren.*«

Wir sollten und dürfen uns aber nicht mit Einschätzungen zufrieden geben. Clinton spielt, in enger Zusammenarbeit mit der faschistischen Mafia in Miami und den Verbündeten in Bonn und anderswo mit dem Feuer und ist offensichtlich gewillt, ein Blutbad in Kauf zu nehmen. Es gilt, hier und heute dagegen aufzustehen, Protest anzumelden und Solidarität mit der cubanischen Revolution zu üben. Eine Möglichkeit besteht z.B. in der Unterstützung der bundesweiten Solidaritätskarawane für Cuba im September. Weitere Möglichkeiten sind Protestnoten an die US-Botschaft (z.Hd. Botschafter Robert Kimmitt, Fax: 0228 / 33 92 002) oder direkt ans Weiße Haus (z.Hd. Präs. William Clinton, Fax: 001-202-456-2461).

Fallen wir den Brandstiftern in den Arm und verteidigen nach unseren Möglichkeiten die cubanische Revolution !

Heinz-W. Hammer,
Vorsitzender des NETZWERK CUBA - Informationsbüro - e.V.